Offener Brief zur Umsetzung der Mobilitätswende an die Tiroler Landesregierung

Sehr geehrter Herr LH Mattle, sehr geehrter Herr LR Zumtobel, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung!

Wir, als Gruppierungen der Zivilbevölkerung, wenden uns besorgt an Sie, um dringend die notwendige Mobilitätswende in Tirol voranzutreiben. Die ÖPNV Alternative zum individuellen Autoverkehr ist in Tirol im <u>Vergleich zu den Nachbarländern</u> weit schwächer ausgebaut. Die Forderungen nach verbesserter öffentlicher Mobilität und sicherem Fuß- und Radverkehr werden immer lauter. Das alles geschieht vor dem Hintergrund eines Klimakatastrophen-Sommers, der von Extremwetterereignissen und Hitzerekorden geprägt war und deutlich zeigte: Die Klimakrise ist auch in Österreich angekommen. Damit wurde die Überfälligkeit von wirksamem Klimaschutz noch deutlicher. Dennoch soll das Thema in der Klausurtagung der Tiroler Landesregierung am 11. und 12. September keinen Platz finden?

Tirol hat sich ehrgeizige Klimaziele gesetzt. Sie sind jedoch ohne drastische CO₂-Reduktionen im Verkehrssektor nicht erreichbar. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eindeutig: Der Verkehr macht mit Abstand die höchsten Emissionen in Tirol aus. Laut dem <u>Verkehrsbericht 2022</u> des Landes ist er "hauptverantwortlich für die generelle Emissionszunahme gegenüber 1990". In den letzten Jahren sind die Emissionen im Verkehrssektor sogar weiter angestiegen. Diesem Trend kann durch ein vermehrtes Angebot und echte Wahlfreiheit für umweltfreundliche Mobilität entgegengewirkt werden.

Ein multipler Gewinn

Die Mobilitätswende ist nicht nur ein wichtiger Schritt hin zu mehr Klimaschutz, sondern auch eine Steigerung der Lebensqualität, mehr Flexibilität, soziale Gerechtigkeit und die Sicherung unserer Zukunft. Die <u>Tiroler Nachhaltigkeitsstrategie</u> stellt viele dieser Anforderungen in Aussicht und betont die zentrale Bedeutung der Mobilitätswende für die Klimaziele des Landes. **Doch wo bleiben die Taten im notwendigen Umfang?**

Wir stellen daher folgende Forderungen an die Landesregierung:

- Starten Sie mit einer weiteren Klausur im Herbst einen breiten Diskurs und Anstoß, um die Mobilitätswende ganzheitlich anzugehen. Die Auswirkungen der Emissionsausstöße und damit der Klimakrise sind die zentrale Gefährdung für alle Generationen. Die Reduktion der Emissionen im Verkehrssektor ist damit ein Anliegen für die gesamte Bevölkerung.
- Erhöhen Sie das Budget für umweltfreundliche Mobilität in den kommenden sechs Jahren schrittweise auf das Doppelte. Allein für die Umsetzung eines funktionierenden Bus- und Bahnsystems braucht es eine Verdopplung. Hinzu kommt, dass für die Radinfrastruktur mind. 257 Mio. Euro nötig werden.
- Passen Sie Verantwortlichkeiten im Verkehr entsprechend der heutigen Bedürfnisse an. Derzeit fällt die Landesunterstützung mit nur 50-75% zu gering aus. Ein zu großer Anteil der Last bleibt bei der Gemeinde selbst und neue Projekte für sie daher oft untragbar.

Dafür fordern wir:

- eine 100%ige Finanzierung der Regionalbusse durch das Land.
 Was in Tirol für die Bahn gilt, ist in Salzburg und Vorarlberg schon für
 Busse umgesetzt. Dort funktioniert die Planung der Buslinien
 bedeutend besser, abgestimmter und kostengünstiger für einzelne
 Gemeinden.
- 2. lokale Unterstützung für Maßnahmen von Fuß- und Radwegen sowie ÖPNV-Haltestellen für die einzelnen Gemeinden.
- 3. die Etablierung eines Bonus-Malus-System: Gemeinden, die sich aktiv für den Ausbau der Fuß- und Radwegeinfrastruktur und ÖPNV-Haltestellen in den Gemeinden einsetzen, können eine erhöhte finanzielle Unterstützung vom Land erhalten. Ein integrierter Bürgerbeteiligungsprozess soll dabei fester Bestandteil der Planung sein, um die Bedürfnisse der Bürger*innen in den Entwicklungsprozess einfließen zu lassen.
- Schaffen Sie Anreize oder Verbindlichkeit für die Planung von Mobilitäts-Kooperationen über Gemeindegrenzen hinweg. Beispiele hierfür sind außerhalb der Landesgrenze die Gemeindeverbände in Salzburg und innerhalb Tirols Langzeitprojekte wie Mobil Kufstein. Hier schaffen Koordination und gemeinsame Verwaltung effiziente Umsetzung auch in abgelegenen Gemeinden, sowie Ressourcensparung hinsichtlich Kosten, Verwaltungsaufwand und Expertise.
- Nehmen Sie entsprechende Änderungen in der Bauordnung vor. Vorschriften wie die Mindestparkplätze pro Wohneinheit - bspw., dass 100 Wohnung 120 Parkplätze benötigen - fördern die Abhängigkeit vom Auto. Stattdessen braucht es Vorschriften, die z.B. bei der Erschließung von Einkaufszentren die Integration von Fuß- und Radwegen sowie die Anbindung an den öffentlichen Verkehr mitdenken.
- Setzen Sie Maßnahmen, die den Beruf von Mitarbeitenden im Öffentlichen Verkehr attraktiver gestalten. Bessere Löhne und Ausbildung, mehr Anerkennung, Kampagnen für mehr Respekt der Bevölkerung für Lenker*innen sind Grundvoraussetzung für den Stopp des Personalrückgangs. Nur mit der Zunahme des Personals im ÖPNV- und Infrastrukturbereich ist die notwendige Verlagerung vom Individualverkehr weg schaffbar.
- Setzen Sie sich für Kostenwahrheit in der Mobilität auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene ein. Eine Kostenwahrheit im Verkehr würde das öffentliche Budget nicht belasten und gleichzeitig den Verkehr gerecht vermeiden bzw. verlagern. Die von Luftschadstoffen, Klimagasen oder Lärm anfallenden Umwelt- und Gesundheitskosten sowie Unfallkosten gehen vor allem im Transitverkehr zu Lasten der Tiroler Bevölkerung. Außerdem müssen schädliche Subventionen abgebaut und verkehrliche und ökologische Fehlanreize verhindert werden. Ziel muss eine verursachergerechte Mobilität der kurzen Wege sein.
- Schränken Sie die Nutzung der Tiroler Flughäfen für Privatjets ein. Hier fallen auf eine minimale Menge an transportierten Menschen ein massiver Ausstoß an CO2 und damit Schaden für die Allgemeinbevölkerung an. Dieses Ungleichgewicht gilt es zu beenden.

- Erkennen Sie die Erhöhung der Lebensqualität von Tiroler*innen durch ein breites Mobilitätsangebot an. Durch die Wahlmöglichkeit steht Verkehrsteilnehmenden außerhalb der Autolenker*innen-Norm, ob alt, zu jung oder verletzt, die Fortbewegung offen.
- Konkret notwendige Veränderungen im derzeitigen Verkehrssystem sind:
 - o bessere Taktung in Tälern und zu Randstunden
 - o Anpassung der Busgrößen entsprechend der Nachfrage
 - o gesicherte Anbindung an weitere Verkehrsmittel
 - durchgängige, sichere Radwege zu jedem wichtigen ÖPNV-Knotenpunkt und über Ortsgrenzen hinweg
 - integriertes Bike- und Carsharing System, das einfach nutzbar ist, beispielsweise mit Verknüpfung zum Klimaticket
 - o mehr Stellplätze und insbesondere Abstellboxen für Räder
 - o sowie alle weiteren lokal erkennbaren Lücken
- Setzen Sie bei der Neugestaltung der Verkehrsinfrastruktur Prioritäten:
 Fußgänger*innen und Radfahrende stehen als vulnerable, aber zu priorisierende
 Verkehrsgruppe an erster Stelle, gefolgt von effizientem ÖPNV, während der
 Autoverkehr zuletzt berücksichtigt werden sollte.
 Planen Sie daher mehr Fuß- und Radwege, weniger Parkplätze und Tempo 30 in

Ortschaften: eine Entschleunigung unserer Ortskerne schafft bessere Lebensqualität.

Die Erhöhung der Lebensqualität ist untrennbar mit einer vielfältigen und nachhaltigen Mobilitätspolitik verbunden. Konkrete Maßnahmen wie bessere Taktung und Ausbau der Fahrzeiten des ÖPNVs, durchgängige Radwege, Car- und Bike-Sharing und eine Fokusverschiebung vom Auto hin zu Fuß und Fahrrad tragen dazu bei, die Verkehrssituation grundlegend zu verändern. Dadurch kann der Grundstein zu einer lebenswerten und klimagerechten Zukunft gelegt werden.

Sehr geehrte Landesregierung, wir pochen auf Ihre Vernunft und Zugewandheit zu den Bürger*innen. Niemand sagt, dass es einfach ist, aber die Wissenschaft bestätigt, dass es seit langem notwendig ist und für uns alle von Vorteil sein wird.

Erwartungsvoll,

Fridays For Future Tirol Radlobby Tirol Parents For Future Tirol Verein des österreichischen Klimarat der Bürger:innen Tirol







